



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/63 - 16.3.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Schwenkung des BHE	S. 1
Gottwalds Tod - Schlag für Moskau	S. 3
Das Ergebnis von Bentveld (Zur Sonderkonferenz der Internationale) X	S. 4
Querschüsse gegen SPD/CSU-Koalition in Bayern	S. 6

Anhang: Ollenhauer-Rede zur Karl Marx-Feier in Trier X

Kraft am Kreuzweg

(sp) Der BHE, neuerdings Gesamtdeutscher Block genannt, hat, nach außen hin einigermaßen unerwartet, durch seinen Vorsitzenden, Waldemar Kraft, eine politische Entscheidung vorbereitet, die für ihn und für die deutsche Politik von großer Bedeutung werden kann. Kraft hat sich entschlossen, die bisherigen Bedenken seiner Partei gegen eine Zustimmung zu den Westverträgen zurückzustellen. Der Vorgang erinnert peinlich an einen anderen bei der Behandlung des Schuman-Planes im Bundestag: Eine Stunde dies ist wörtlich zu nehmen - bevor der Sprecher des BHE sich kritisch mit dem Projekt auseinandersetzen wollte, kam von Kraft ein Anruf, er sei für den Schuman-Plan und das ganze Konzept mußte umgestoßen werden.

Die Gründe für den Stellungswechsel sind alles andere als überzeugend. Kraft sucht den Anschein zu erwecken, als seien die Interpretationen der Regierungsprofessoren Greve und Hallstein zu dem Art. 7 des Generalvertrages über die Auswirkungen dieses Vertrages auf eine mögliche deutsche Wiedervereinigung neu und fast sensationell. Was die beiden Experten vorbringen, wurde in Wirklichkeit von den Verteidigern des Generalvertrages immer angeführt. Das gilt auch für den von Kraft erwähnten amerikanischen Standpunkt. Mit Berufung auf diese beruhigenden Erläuterungen

soll der Stellungswechsel des BHE erklärt werden. Dabei weiß heute alle Welt, daß die Annahme der Verträge die Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der nächsten fünfzig Jahre unmöglich macht und es ist doppelt unbegreiflich, daß gerade der Mann, dem das Schicksal der Vertriebenen besonders am Herzen liegen sollte, diesen Verträgen zustimmt.

In Wirklichkeit müssen andere Gründe maßgebend gewesen sein, zumal, international gesehen, die Vertragssituation sehr viel schlechter geworden ist, als sie es in der Zeit der ablehnenden Haltung des BHE war. Nach manchen unerfreulichen Erfahrungen liegt leider die Vermutung nahe, daß hier wieder einmal ein politisches Geschäft getätigt wurde, von dem die Beteiligten nicht wünschen, daß es public werde. Der BHE hat, wo immer er zu einigem Einfluß gelangte, eine Personalpolitik getrieben, bei der der Umfang der Ansprüche meist in schroffem Gegensatz zu seiner numerischen Stärke stand. Dieser Drang kann durchaus der Ansatzpunkt für Bemühungen der Regierungsseite gewesen sein, den BHE zu sich herüberzuziehen.

Die praktische Bedeutung des Schrittes wird möglicherweise zuerst über den Bundesrat sichtbar werden, wenn etwa die dem BHE angehörenden Regierungsmitglieder in Niedersachsen bei der Festlegung der Stimmabgabe ihres Landes für den Bundesrat der neuen Kraftschen These zustimmen sollten. Lange hatte man den Eindruck, der BHE werde versuchen, sich bis zu den Wahlen zwischen den verschiedenen Möglichkeiten einer Verbindung mit der stärksten Regierungspartei - wie in Schleswig-Holstein - oder mit der stärksten Oppositionspartei im Bunde - wie in Niedersachsen - oder schließlich mit beiden - wie in München - hindurchzulavieren, um dann, wohlausgestattet mit allen denkbaren politischen Alibis, die berühmte Rolle des Züngleins an der Waage zu übernehmen.

Man wird nun abwarten müssen, wie weit durch den jetzigen Beschluß auch der innerpolitische Kurs des BHE vorwegbestimmt wird. Nach der sozialen Struktur der Anhänger des BHE sollte es eigentlich hier keinen Zweifel geben. Aber die Erfahrung macht auch in dieser Hinsicht skeptisch. Es gibt wohl kaum eine andere Partei in Deutschland, in der an so vielen Stellen eine so tiefe Kluft zwischen der kleinen Führungsschicht und der geführten Menge besteht, wie im BHE. Sollte es sich bei dem Vorstoß des Ministers Kraft um den Auftakt zu einer allgemeinen, auch innerpolitischen Unterstützung der Regierung Adenauer handeln, woran wir noch nicht zu glauben vermögen, dann würde der BHE den Weg in eine schwere innere Krise wählen. Vielleicht hofft der Führungskreis des BHE heute noch, durch ein freundliches Entgegenkommen an den Außenminister Adenauer beim Bundeskanzler und seinen Ministern für Vertriebenenfragen und soziale Probleme mehr als bisher erreichen zu können. Gerade die Behandlung des Vertriebenen-Gesetzes hat in der 2. Lesung aber ganz deutlich gemacht, daß die Vertriebenen-Abgeordneten in den Koalitionsparteien die Anliegen derer, die sie vertreten, nur mit Hilfe der SPD durchbringen können, wenn das überhaupt möglich ist. Daß Waldemar Kraft unmittelbar nach dieser Erfahrung auf die Linie Adenauers einschwenkt, ist unverständlich. Klar aber ist bereits, daß es sich hier um die Entscheidung eines kleinen politischen Führungskreises handelt, der zu den Interessen der Menge der "Heimatvertriebenen und Entrechteten" in direktem Gegensatz steht.

+ + +

Der Prager Hradschin ist verwaist

ex-Wien, Mitte März

Obwohl Clement Gottwald, der verstorbene tschechoslowakische Staatspräsident, zu den Gründern der tschechoslowakischen KP gehörte, zählte er bis zum Februar 1948 zu den international am wenigsten bekannten KP-Führern. Noch heute ist es nicht ganz klar, ob Gottwald in jenen Tagen, die ihn in die Burg der böhmischen Könige brachte, eine vorgeschobene Figur oder das Haupt des Putsches war. Mit dem Sturz Benesch's endete auch die tschechoslowakische Scheindemokratie.

Der gerissene Tischlerssohn, gestützt auf die Macht der sowjet-russischen Bajonette und das Wohlwollen des Kreml, zerstörte mit diesem Staatsstreich die Brückenbautheorie eines Eduard Benesch, der glaubte, er könnte in dem Widerstreit zwischen West und Ost so etwas wie eine vermittelnde Stellung einnehmen. Die Brücke, die er mit der neuen Tschechoslowakei errichtete, wurde zum Sprungbrett für die bolschewistische Macht-ergreifung. Der Boden dazu war vorbereitet durch die von Gottwald und Benesch durchgeführte Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen; die Begleitumstände, unter denen sich diese vollzog, höhlt jede moralische Widerstandskraft des tschechischen Volkes aus.

Clement Gottwald stand in hohem Ansehen bei seinen Moskauer Auftraggebern. Sein gelungener Putsch brachte der Sowjetunion das höchstindustrialisierte Land Mitteleuropas ein. Eine Henne aber, die zu wenig Futter bekommt, legt kaum noch Eier. Die Einbeziehung der hochempfindlichen tschechoslowakischen Wirtschaft in den Fünfjahresplan der Sowjetunion bedeutete für das Land wachsende Versorgungsschwierigkeiten, Engpässe in der Industrie, Hungersnot und Verarmung. Clement Gottwald suchte und fand die "Schuldigen". Er liess sie hängen und Moskau liess ihn dabei gewähren, auch wenn, so im Falle von Clementis und Slansky, es sich um Kommunisten handelte, die zu den Treuesten Moskaus zählten. Diese Prozesse gaben Gottwald Gelegenheit, seine Hausmacht zu vermehren; seine engsten Familienangehörigen sitzen heute in den staatlichen Schlüsselpositionen.

Moskau hat allen Grund, den Tod seines willfährigsten von allen Statthaltern zu betrauern. Gottwald besass immerhin eine gewisse Popularität. Keiner seiner möglichen Nachfolger hat das gleiche Kapital im tschechischen Volk aufzuweisen. Drohend steht hinter ihnen Moskaus Forderung, aus ihrem Volke das Allerletzte für die höhere Ehre der Sowjetunion herauszupressen. Raum für eine Abbrungmöglichkeit und eine "bürokratische" Entwicklung dürfte es nicht geben, denn nicht umsonst hat der Kreml als seinen Repräsentanten zu den Trauerfeierlichkeiten den Verteidigungsminister Bulganin entsandt.

Religion und Ethik

Ihre Bedeutung für den Sozialismus

Von Willi Eichler, MdB

Seit der Gründung der Ersten Sozialistischen Internationale, der "Internationalen Arbeiter-Association", in London im Jahre 1864 ist niemals eine programmatische Stellungnahme erfolgt zu der Frage, welche Bedeutung die religiöse und ethische Haltung der Menschen für den Sinn und den möglichen Erfolg des sozialistischen Zieles hat. Das war nicht eine zufällige Unterlassung, denn in einzelnen Teilen der sozialistischen Bewegung, und von manchen namhaften Führern und Theoretikern der Mitgliedsparteien der Internationale ist oft nach dem Zusammenhang zwischen Religion und Ethik und dem Sozialismus geforscht worden.

Wenn die Internationale trotzdem bisher eine gemeinsame Stellungnahme vermieden hat, so liegt das daran, daß sie der Meinung war, hier handele es sich um eine Frage, deren Beantwortung man dem Einzelnen überlassen dürfe, da es bei ihr um einen Ausdruck des Lebensgefühls geht, in dem die Menschen sehr wohl erheblich voneinander abweichen können, obwohl sie politisch die gleiche Auffassung vertreten. Erschwert wurde eine offizielle Stellungnahme aber vor allem, weil die Haltung der Kirchen im wesentlichen sozialistenfeindlich war und für viele Sozialisten deshalb auch die Religion und das religiöse Gefühl als konservative Kräfte angesehen wurden.

Gegenseitige Annäherung

Die Haltung sowohl der Sozialisten als auch der Kirchen hat sich in der jüngsten Zeit sehr beachtlich geändert. Die Kirchen sind sich der sozialen Verpflichtung, die sich aus der christlichen Lehre ergibt, in erheblichem Maße bewußt geworden, wie es sich in den beiden päpstlichen Enzykliken "Rerum Novarum" und "Quadragesimo Anno" und in den Beratungen des Ökumenischen Weltkirchenrats in Amsterdam und in vielen anderen Erklärungen ergibt. Und die sozialistische Bewegung hat insbesondere nach dem Experiment in Rußland und angesichts der faschistischen und kommunistischen Bedrohung sich veranlaßt gesehen, ihre Haltung neu zu überprüfen.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde die Arbeitskonferenz über "Sozialismus und Religion" für den 9. bis 11. März nach Bentveld bei Haarlem in Holland einberufen. Zwei einleitende Reden über "Die religiösen Quellen des Sozialismus" (Professor Banning, Holland) und über "Die ethischen Quellen des Sozialismus" (Willi Eichler, Deutschland), führten in den Gegenstand der Tagesordnung ein. In beiden kam zum Ausdruck, daß Religion und Ethik für die geistige Haltung der Sozialisten mitbestimmend sind, wobei die Frage offen bleibt und bleiben darf, wie weit ethische Grundsätze auf eine bestimmte religiöse Überzeugung gegründet sind. Es herrschte Übereinstimmung, daß der Sozialismus als Lehre und formulierte Überzeugung verstanden, ein Protest gegen die Mißachtung der Menschenwürde ist, und daß dieser Protest also aus sittlichen Quellen stammt.

Bewegte Diskussion

Die Diskussion, die von mehr als dreißig Teilnehmern aus zwölf verschiedenen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Groß-Britannien, Holland, Norwegen, Österreich, Saargebiet, Spanien, Schweden, Ukraine) geführt wurde, und an der Katholiken, Protestanten verschiedener Richtungen und Humanisten ohne kirchliche Bindung teilnahmen, war außerordentlich bewegt und tiefgründig und wurde dabei in

voller Kameradschaft zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Die Teilnehmer faßten ihre gemeinsamen Überzeugungen, die sich auf viele Punkte erstreckten, in einer gemeinsamen und einmütig angenommenen Erklärung zusammen, die sie dem Büro der Internationale übersandten mit der Bitte, darüber auch in der Internationale selber zu diskutieren und zu versuchen, diesen Standpunkt als den der Internationale beschließen zu lassen. Einige Fragen, die auf dieser Konferenz nicht zu Ende diskutiert werden konnten, wurden ebenfalls der Internationale übersandt, damit auch darüber in größerem Rahmen Untersuchungen angestellt werden können.

Außerordentlich lehrreich waren die Berichte aus den verschiedenen Ländern über die Haltung der Kirchen zur sozialen Frage und zur Sozialdemokratie. Selbstverständlich ist diese Haltung wechselnd von Land zu Land, wenn man etwa Spanien und Norwegen miteinander vergleicht. Aber die Teilnehmer gewannen auf diese Weise ein sehr eindrucksvolles Bild davon, daß auch die Kirchen selber ihre Haltung zum Teil ganz erheblich modifiziert haben. Die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kirchen müssen aber gerade angesichts der Verschiedenheit der Situation in den einzelnen Ländern den Mitgliederparteien der Internationale zur selbständigen Beschlußfassung überlassen bleiben.

Gemeinsam erarbeitete Grundsätze

Die Tagung war eine der erfolgreichsten, die die Internationale bisher veranstaltet hat. Sie hat die Beziehungen des Sozialismus zur Religion und Ethik so weit geklärt, daß einmal keiner der Sozialisten, welcher Denkungsart auch immer, sich durch die gemeinsam erarbeiteten Grundsätze in seinem eigenen Gefühl mißverstanden sehen kann. Und sie hat weiter nach außenhin gezeigt, wovon sie der Sache nach zwar immer durchdrungen war, was sie aber nie in klaren und deutlichen Feststellungen geäußert hat: Nämlich daß die eigentlichen Bewegungsgründe des sozialistischen Handelns nur aus dem Bereich der Ethik oder der Religion, also aus dem Bereich der Wertungen stammen können.

Ein gewisses und nicht unbedeutendes Mißverständnis entstand früher immer aus der Verwechslung von Ziel und Weg. Kautsky hat in einer seiner Broschüren einmal erklärt, daß wir den Sozialismus aufgeben müßten, wenn er nicht zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führt. Hierin zeigt sich klar, daß ihm als eigentliches Ziel die Beseitigung der Ausbeutung vorschwebte, eine ethische Aufgabe, die er offenbar und nicht zu Unrecht, für selbstverständlich hielt, und von der er glaubte, daß sie nur durch bestimmte Mittel, darunter unter anderem die Sozialisierung der großen Produktionsmittel, zu erreichen wäre. Hier aber galt es gerade anzusetzen. Auch die Begründung des Sozialismus, insofern als sein eigentliches Ziel, nämlich die Respektierung der Menschenwürde, in die sozialistische Lehre mit aufgenommen wird, gehört zur sozialistischen Theorie. Ohne diese Begründung bleiben eine Reihe politischer und auch kultureller Forderungen mehr zufällige Wünsche als unabdingbare Teilziele. Erst durch die Zusammenfügung der Begründung des Sozialismus als einer sittlichen Forderung und der Aufstellung von Einzelforderungen zur politischen Durchsetzung der sittlichen Anforderungen an die Gesellschaft und den Staat gibt eine geschlossene Auffassung vom Sozialismus, die ihm viele Freunde zuführen wird, die bis heute die Geschlossenheit dieser Ansicht vermißt haben.

Seltsame Koalitionspartner

K.T. - München

Die politische Einstellung gewisser Kreise der bayerischen CSU scheint sich nach dem Spruch zu richten, "es soll die Linke nicht wissen, was die Rechte tut". Von Zeit zu Zeit glauben jene, denen scheinbar an einer gutfunktionierenden Koalition in Bayern nichts gelegen ist, sie müßten ihren bayerischen Wählern sagen, daß sie gar nicht so sehr erfreut darüber wären, zusammen mit der SPD in Bayern eine Regierung zu bilden, und es viel lieber sähen, wenn statt der SPD die Bayernpartei zusammen mit der CSU im Maximilianeum in München Politik machen könnte.

Doch Waldemar von Knoeringen, der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, hat bereits zu wiederholten Malen deutlich genug erklärt, daß man in Bayern ohne die SPD keine Politik mehr machen kann. Umso verwunderlicher ist es dann immer wieder, führende Politiker der CSU zu hören, die sich mit dieser Tatsache nicht abfinden können. So erklärte vor einigen Tagen der Generalsekretär der CSU in Bayern, Josef Brunner, auf einer Delegiertenkonferenz der nordoberpfälzischen Kreisverbände zur Koalition, daß die CSU durch die Bayernpartei gezwungen worden sei, ihre Kräfte gegen die Bayernpartei zu richten, statt gegen den "wahren Feind" - gegen die SPD. Weiter glaubte er nach dem großen Beifall seiner Parteifreunde hinzufügen zu müssen, daß die Koalition in Bayern ein Kuriosum sei, da sie zwar eine Regierungs-, nicht aber eine Gesetzeskoalition sei. Wenn auch die bisherige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien in Bayern, SPD-CSU-BHE, als gut bezeichnet werden kann, so können derartige Entgleisungen führender CSU-Politiker nicht unerwidert hingenommen werden, soll die weitere Zusammenarbeit nicht gefährdet werden.

Der Landesausschuß der SPD in Bayern hat daher in seiner letzten Sitzung die Äußerungen des CSU-Generalsekretärs auf das entschiedenste zurückgewiesen und erklärt, daß es bedauerlich sei, wenn ein Sprecher der CSU auf diese Weise das ehrliche Bemühen um Zusammenarbeit in der Bayerischen Regierung zu stören versuche.

Die SPD wird sich durch die unfreundlichen Äußerungen von CSU-Politikern, die in der letzten Zeit des Öfteren zu verzeichnen waren, nicht beirren lassen. Sie legt aber Wert auf die Feststellung, daß diese und ähnliche Äußerungen von Politikern einer Koalitionspartei die Zusammenarbeit erschweren und mit dem Geist von Anständigkeit und Fairness nicht in Einklang zu bringen sind, ohne den eine echte Zusammenarbeit nicht möglich ist.

Die Erwiderung der SPD muß als sehr maßvoll bezeichnet werden, angesichts der Hastreden jener CSU-Politiker, die immer wieder versuchen, Mißtrauen zu säen. Wenn die SPD diese Erklärung dem Vorsitzenden der CSU in Bayern, Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, persönlich übersandt hat, so wollte sie zum Ausdruck bringen, daß sie an seiner Loyalität nicht zweifelt, daß sie aber verlangen kann, daß er mit aller Energie die Störenfriede in seiner Partei zur Ordnung ruft.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Begrüßungsrede des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Erich GILLMANN auf der Karl-MARX-Feier am 14. März 1953 in Trier.

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen,

ich begrüße Sie im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das herzlichste.

Sie haben uns hier im Geburtshaus von Karl MARX zusammengefunden, um des 70. Todestages dieses großen Denkers und Lehrers der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zu gedenken.

Schon einmal - im Mai 1947 - waren wir hier im Kreise internationaler Sozialisten vereint. Damals hatten wir die Freude, die Wiederherstellung des Karl-MARX-Hauses zu feiern. Die damalige Zusammenkunft war eine der ersten und eindringlichsten Zeichen dafür, daß nach den Verbrechen der Diktatur und des Krieges die freie sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland wieder im Aufbau begriffen war, und daß die ersten Fäden internationaler Zusammenarbeit zwischen ausländischen und deutschen Sozialisten wieder geknüpft worden konnten.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir dieses Haus wieder in unsere Obhut nehmen konnten. Für uns ist die Pflege und Erhaltung des Geburtshauses von Karl MARX nicht nur eine selbstverständliche Verpflichtung gegenüber dem großen Sohn des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung, sondern vor allem auch eine Verpflichtung gegenüber der gesamten internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Heute gilt unser Gedenken dem Mann, der vor 70 Jahren starb, aber dessen politische und wissenschaftliche Leistung unsterblich ist. Mein Freund Otto STÄUBER wird das Lebenswerk von Karl MARX und seine Bedeutung für die Gegenwart würdigen.

Aber, hier in seinem Geburtshaus steigt auch die Erinnerung an den Menschen Karl MARX wieder besonders lebhaft auf. Seine wissenschaftliche Leistung war nicht möglich ohne seine menschlichen Qualitäten. Wie wenig wissen heute Freund und Feind von diesem Menschen Karl MARX. Wie einen haben sich den Weg zu einer solchen Würdigung verbaut, indem sie Karl MARX zum Heiligen und seine wissenschaftlichen Lehren und Erkenntnisse zum Dogma erhoben; die anderen müssen der Menschen Karl MARX ignorieren, weil sie sonst die These, Karl MARX sei der Inbegriff des Materialismus, des Agnostizismus und der Erfinder des Klassenkampfes, nicht aufrechterhalten können.

Wir wissen, wieviel Mühe, wieviel Leid und wieviel bitterer Not Karl MARX in seinem Leben auf sich genommen hat, um dem Ziel zu dienen, dem er sein Leben widmet hat; dem Ziel, durch Forschung und Wissenschaft die Ursachen der un menschlichen und unsittlichen Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Herrschenden und Beherrschten auf ökonomischem und politischem Gebiet aufzuzeigen; dem Ziel, dem Proletariat in seiner Vereinsamung oder in seinem mehr instinkthaften Suchen nach Mitteln und Wegen zu einer besseren menschlichen Ordnung der Dinge zu kommen, durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse eine festere Grundlage, schärfere Waffen und klarere Zielvorstellungen zu geben.

Das ist ihm gelungen. Ohne das kommunistische Manifest sind die Entwicklung und der Aufstieg der Arbeiterbewegung, die Verbesserung der materiellen Existenzbedingungen und das reiche eigene geistige und kulturelle Leben der arbeitenden Menschen in der Welt nicht denkbar.

Nicht minder groß ist das Verdienst des Wissenschaftlers Karl MARX. Seine Methoden der Geschichtsforschung, die Klarlegung der unlöslichen Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik, seine Forschung nach den gesellschaftlichen Triebkräften in der Entwicklung der Menschen und der Völker sind ein unverzichtbarer und dauernder Gewinn für das wissenschaftliche Leben unserer Zeit.

Karl MARX war ein Kind seiner Zeit. Seine politischen Vorstellungen waren das Resultat der Untersuchung der damals gegebenen Situation und der Herausarbeitung der sich aus diesen Gegebenheiten voraussichtlich ergebenden Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft. Es ist daher nur natürlich, daß sich manches in seinen vorausschauenden Vorstellungen als irrig erweisen hat. Von unverändertem und bleibendem Wert aber ist die Methode des Denkens und der Forschung, die er so großartig entwickelt hat. Gerade mit dieser Methode unvereinbar ist der Versuch, jeden Buchstaben und jedes Detail marxistischer Lehren zu verteidigen. In diesem Sinne war, wie MARX es selbst einmal gesagt hat, MARX am wenigsten Marxist. Für ihn war die Freiheit und die Unversingekommenheit wissenschaftlicher Forschung, die Bereitschaft, jede Erkenntnis mit jedem neuen Tatbestand zu konfrontieren und aus neuen Fakten auch neue Erkenntnisse abzuleiten, das Grundelement seiner Arbeit. In diesem Sinne soll und kann Karl MARX uns heute vielleicht mehr als zu irgendeiner Zeit zuvor Vorbild und Mahnung sein. Die Verflachung und Schematisierung unseres geistigen Lebens von heute hat nicht zuletzt ihre Ursachen darin, daß zu wenig Menschen bereit oder fähig sind, im Geiste von Karl MARX kritisch, schonungslos und unerbittlich gegenüber lieb gewordenen Vorstellungen die ganze Problematik unserer Zeit zu durchpflügen und weniger Freude in selbstgerechter Bestätigung, sondern in dem Durchbruch zu neuen Erkenntnissen zu finden.

Ich möchte, daß wir alle auch in diesem Geiste der Selbstbesinnung diese Feierstunde begangen. Die letzte Erfüllung des großen Vermächtnisses, das uns Karl MARX hinterlassen hat, wird nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, das Selbstvertrauen und das Selbstbewußtsein der arbeitenden Klassen, das sich nur auf der Basis der Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus entfalten konnte, zu stärken.

Vor allem aber wird die neue, freie, friedliche und sozial befriedete menschliche Gesellschaft nur errichtet und dauerhaft gestaltet werden können, wenn sie getragen wird von einem neuen Menschentyp, befreit von Not und Furcht, aber erfüllt von Lebensbejahung und Verantwortungsbewußtsein. Die große Wende vom stumpfen, schicksalsergebenen Einzelwesen der Masse des modernen Proletariats zum denkenden selbstbewußten Handeln der arbeitenden Menschen als tragende Schicht der modernen Gesellschaft ist das bleibende Verdienst von Karl MARX. Diesen Weg zu vollenden, die neue Gesellschaft konkret zu gestalten, ist die Aufgabe unserer und der uns folgenden jungen Generation.

Indem wir Karl MARX ehren, übernehmen wir die Verpflichtung, seiner und unserem letzten Ziel unsere ganze Kraft zu widmen: Die Befreiung des Menschen vor dem Menschen willen.